

Kapferer, Clodwig

Article — Digitized Version

1960: Integration Europas und Koexistenz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kapferer, Clodwig (1960) : 1960: Integration Europas und Koexistenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 1, pp. 3-4

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132905>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

1960: Integration Europas und Koexistenz

Die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat 165 Mill. Europäern der sechs Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande den Vorwurf der Spaltung Europas in zwei Lager eingebracht. Die Errichtung der „Kleinen Freihandelszone“ mit 88 Mill. Europäern durch die Regierungen der sieben Staaten Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz hat diese Spaltung akzentuiert.

Gefahren der Spaltung

Der Leidtragende in wirtschaftlicher Sicht dieser zweigeteilten Integrationspolitik ist in der EWG hauptsächlich die Bundesrepublik, die im Gegensatz zu Frankreich einen sehr bedeutenden Handelsverkehr mit den „Sieben“ unterhält, aber als Mitglied der EWG keine selbständige Zollpolitik mehr treiben darf. Rund 25 % der gesamten Einfuhr der Bundesrepublik entfielen im Durchschnitt der Jahre 1956—1958 auf den EWG-Raum, dagegen 29 % auf das Gebiet der EFTA. Bei der Ausfuhr liegen die Verhältniszahlen bei 29 % für die EWG und 30 % für die EFTA. Die Rechnung, daß die verbleibenden OEEC-Staaten mit der EWG individuelle Zollabkommen eingehen würden und daß daraus schließlich eine umfassende Zollpräferenzgruppe entstehen könnte, ist nicht aufgegangen. Die „Kleine Freihandelszone“ bringt auch der EWG als Ganzes wirtschaftliche Härten; denn der Handel der EWG mit der EFTA ist größer als der Handel der EWG-Staaten untereinander. Für beide Integrationsgruppen ist es charakteristisch, daß ihre Orientierung durch die Stärke einzelner Nationen bestimmt wird: bei der EWG ist es Frankreich, bei den „äußeren Sieben“ Großbritannien. Das Projekt einer großräumigen europäischen Integration, die möglichst alle OEEC-Staaten umfaßt, ist an Frankreichs politischen Vorbehalten bisher gescheitert. Durch das französische Übergewicht in der EWG und das Übergewicht Großbritanniens in der „Kleinen Freihandelszone“, durch die enge Verbindung mit den assoziierten Gebieten der ersteren und mit dem Commonwealth der zweiten Integrationsgruppe sind zwar die Voraussetzungen geschaffen, auf denen in sich abgeschlossene Märkte gedeihen könnten. Viel wichtiger ist aber etwas anderes: Betrachtet man nämlich die unter politischen Aspekten geschlossenen Integrationsverträge nach ihrer wirtschaftlich positiven Seite, so

muß festgestellt werden, daß sie der weiteren wirtschaftlichen Expansion in den beteiligten Volkswirtschaften starke Impulse geben. Die vor wenigen Jahren noch viel diskutierte zweite industrielle Revolution hat nicht stattgefunden, sondern ist an der Kleinräumigkeit unserer Märkte, an ihren Einfuhrkontingenten, hohen Einfuhrzöllen und der fehlenden Konvertibilität ihrer Währungen gescheitert. Der größere Markt gibt ihr diese Startbasis.

Zunehmender Wettbewerbsdruck

Der hohe Grad der in den meisten europäischen Industriestaaten erreichten Vollbeschäftigung und der zunehmende Konkurrenzdruck stellen unsere Wirtschaft vor die Notwendigkeit einer fühlbaren Einsparung von menschlicher Arbeitskraft in automatisierten oder zum mindesten in äußerst rationalisierten Betrieben. Dieser Zwang kommt zur rechten Stunde auf uns zu. Auch in der Sowjetunion herrscht gegenwärtig eine Pause in der praktischen Anwendung der Automation. Dahinter verbirgt sich aber eine lebhaftere Forschungsarbeit in Laboratorien und in Versuchsanlagen, die einen grundlegenden Wandel der industriellen Methoden vorbereitet. Das kann für uns zu einem Konkurrenzproblem erster Ordnung werden und erfordert rechtzeitige Ausgleichsmaßnahmen, anderenfalls dürfte unsere Stellung auf dem Weltmarkt durch eigenes Verschulden bedroht sein. Wir führen gegen die Spezialisierung, die industrielle Konzentration und Verflechtung gern die verschiedensten Argumente ins Feld. Darunter nimmt die Sorge für die Erhaltung der kleinen und mittleren Unternehmungen als wichtige Träger unserer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung einen breiten Raum ein. Wir pochen auf die handwerkliche Tradition unserer Industrie, die in einer langen Reihe von Jahren zu ihrem heutigen Niveau aufgestiegen ist. Aber Tradition allein ist kein Argument für Existenzberechtigung. Die kleine und mittelgroße Unternehmung muß angesichts des größeren Wettbewerbsdrucks, den der größere Markt mit sich bringt, ein Konzept finden, das ihr eine echte Funktion neben den rationell arbeitenden Großbetrieben sichert. Es wäre ein Fehlschluß, anzunehmen, daß kleine Unternehmungen im größeren Markt nicht auch echte Chancen besäßen. Wohl können Umstände eintreten, die den mit zu kleinen Produktionsserien arbeitenden Betrieb überflüssig werden lassen,

weil er infolge seiner höheren Produktionskosten nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Jeder Betrieb, auch der kleine, hat eine sichere Chance, die ihm die Existenzfähigkeit erhält oder ihn gar befähigt, selber zum Großbetrieb aufzusteigen. Im übrigen sind im integrierten Großmarkt Arbeitsteilung und industrielle Kooperation eine Voraussetzung für die Existenzfähigkeit. Das kann beispielsweise durch Integration mit anderen Unternehmungen in der Form gemeinsamer Fertigungs- und Absatzprogramme und durch Kooperation in der Form des Zulieferungsgeschäftes geschehen.

In der heutigen Zeit des gehobenen Lebensniveaus wechseln die Marktkonstellationen ständig, manchmal über Nacht. Eine Ursache, die gestern noch eine Marktnachfrage hervorgerufen hat, kann plötzlich ihre Wirkung verlieren, und doch entstehen diese Veränderungen nicht unverhofft, sondern bereiten sich vor. Damit ist der Weg gewiesen, sich auf die neue Situation vorzubereiten und sich ihr anzupassen. Eine mit Unvoreingenommenheit durchgeführte Überprüfung der Unternehmungspolitik und Unternehmungsorganisation schärft den Blick für die zu ergreifenden Anpassungsmaßnahmen. Diese können für Unternehmungen aller Betriebsgrößen in dem Aufgeben alter Ziele und schwer erarbeiteter Positionen bestehen und die Individualität der Unternehmungen von Grund auf verändern.

Wirtschaftliche Spannungen in der Koexistenz

Angesichts der Koexistenzpolitik, wie sie sich jetzt zwischen Osten und Westen anbahnt, dürfen wir die politischen Kräfte, die unsere wirtschaftlichen Anstrengungen überschatten, nicht aus den Augen lassen. Koexistenz mit dem Osten, wie die kommunistischen Regierungen sie verstehen, ist nur ein Zustand von „Nicht-Krieg“, in dem Spannungen steigen und abflauen. Durch die Koordinierung der Produktionsprogramme ganzer Industriezweige und sämtlicher Länder des kommunistischen Blocks werden die Möglichkeiten der Normung und der industriellen Konzentration stark erhöht. Wir müssen uns darauf einstellen, daß solche Spannungen auftreten werden; denn im Zeichen der Koexistenz gewinnt die wirtschaftliche Kraft gegenüber der militärischen, die uns während der letzten Dekade bedrohte, an Gewicht.

Deshalb liegt der Schluß nahe, daß die Ära des kalten Krieges durch eine Ära des politischen, psychologischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerbs mit dem Osten abgelöst werden wird, der die Position der widerstreitenden Mächtegruppen vor allem in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Südamerikas bestimmen dürfte. Die westlichen Industrie-

staaten werden sich diesem Wettbewerb nicht nur nicht entziehen können, sondern aus Existenzgründen werden sie sich auf ihn, so wie es seitens der Sowjetpolitik und Sowjetwirtschaft geschieht, darauf vorbereiten müssen. Der Zusammenschluß westlicher Industriestaaten in größere wirtschaftliche Präferenzräume bietet hierfür eine bessere Ausgangsbasis, als sie in der nationalstaatlichen Enge bisher gegeben war.

Politik der Entwicklungshilfe

Wir sind durch das rasche Vordringen der östlichen Hilfsmaßnahmen an Entwicklungsländer beeindruckt. Vielleicht sollte es uns zu denken geben, daß die Ostblockhilfe weit weniger als die Hilfe der westlichen Welt aus Geschenken, sondern nahezu ausschließlich aus Handelsbeziehungen mit sehr handfesten Abmachungen besteht. Die Stärke der östlichen Wirtschaftspolitik liegt darin, daß ihre Handelsangebote den Austausch von Kapitalgütern gegen Überschußrohstoffe vorsehen, für die die Entwicklungsländer in der nichtkommunistischen Welt keine oder nur unzureichende Absatzmärkte finden. Der Sowjetblock kann damit Handelsbedingungen bieten, die den devisenarmen Entwicklungsländern annehmbarer als die Bedingungen der westlichen Partner erscheinen. Dabei wendet sich sein Interesse auch Ländern zu, die — wie die Länder Lateinamerikas — von der westlichen Entwicklungsförderung besonders schlecht bedacht werden. Die „Ostblockhilfe“ greift immer da ein, wo sich westliche Hilfsmethoden als nicht ergiebig oder als ungeeignet erwiesen haben. Auch in psychologischer Beziehung erscheint der Kommunismus manchen Entwicklungsländern in einem günstigen Licht, zumindest weil er eine ordnungschaffende Planung und eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung durch Selbsthilfe zu garantieren scheint.

Auf der anderen Seite sehen wir uns zu schnell veranlaßt, unsere Hilfe Ländern in der Annahme zu versagen, sie neigten sich der kommunistischen Ideenwelt zu. In wirtschaftlich rückständigen Gesellschaften ist die Demokratie westlichen Musters nicht sofort lebensfähig. Ihr Entwicklungsstand läßt daher auch kein sofortiges Gedeihen einer privaten Wettbewerbswirtschaft nach westlichem Vorbild zu. Deshalb muß sich der Anschluß an die moderne Welt oftmals über links oder rechts gerichtete autoritäre Regierungssysteme vollziehen. Wir sollten es uns abgewöhnen, in der Übernahme gewisser Methoden der Wirtschaftsplanung, der Bildung von Institutionen nach kommunistischem Vorbild oder der Anbahnung von Handelsbeziehungen mit dem Ostblock einen Verrat an dem Westen zu erblicken.